Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint werktäglich. Bezugsgebühr für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr 41 — Donnerstag, den 18. Februar 1932 — 27. Jahrgang

Hindenburg:

Mit meiner letzten Kraft: dem Vaterlande!

Vertreter des Hindenburg-Ausschusses beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident vollzieht die Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg

Berlin, 16. Februar. Um 11½ Uhr wurde eine Abordnung des Hindenburg-Ausschusses vom Reichspräsidenten empfangen, die aus den Herren Oberbürgermeister Dr. h. c. Sahm, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, für den bayerischen Landesausschuß Excellenz von Winterstein und Oberst von Seißer, für den württembergischen Landesausschuß Dr. Robert Bosch und General v. Maur, für den sächsischen Landesausschuß Reichsminister a. D. Dr. Külz bestand..

Oberbürgermeister Dr. Sahm bat den Reichspräsidenten in einer Ansprache, seine Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg zu setzen. Der Reichspräsident dankte in einer kurzen Erwiderung und vollzog die Unterschrift.

Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Sahm erwiderte der Reichspräsident wie folgt:

Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlichst für die an mich gerichteten freundschaftlichen Worte. Wie ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bekundet habe, bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handele hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht. Sie, meine Herren, stehen hier vor mir nicht als Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedensten Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Daß Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessentengruppe, sondern von zusammenfassendene Ausschüssen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches, hat mir meine Entschließung wesentlich erleichtert. Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird, und ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft dem dienen zu können, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war: dem Vaterlande!

Hieran schloß sich eine persönliche Unterhaltung mit den einzelnen Herren.

Die Tätigkeit des Hindenburg-Ausschusses

Ueber 3 Millionen Unterschriften — Der Wortlaut der Zustimmungsurkunde

Berlin, 16. Februar. Oberbürgermeister Dr. Sahm empfing heute mittag die Vertreter der Presse, um ihnen einen Ueberblick über die Arbeit des Hindenburg-Ausschusses zu geben. Er erinnerte daran, daß er bei der Gründung des Ausschusses am 1. Februar als sein Ziel angegeben habe, den Weg zu der Volkswahl Hindenburgs zu bahnen. Dieses Ziel ist jetzt erreicht, und zwar ohne jede amtliche Parteiorganisation und ohne amtliche Einzeichnungsstellen. Dr. Sahm sprach allen deutschen Zeitungen seinen Dank aus, die den Ausschuß unterstützt und damit zu der großen Sache wesentlich beigetragen haben und stellte gegenüber Mißdeutungen fest, daß der Ausschuß nur auf überparteilichem Wege auf die Wiederwahl Hindenburgs hingestrebt, aber nicht beabsichtigt habe, in die politischen Tagesfragen einzugreifen oder etwa eine Probeabstimmung für die kommende Präsidentenwahl zu machen, was technisch unmöglich und unangebracht gewesen wäre. Von vornherein sei es klar gewesen, daß man auf diesem Wege nur einen Bruchteil der für Hindenburg zu wertenden Stimmen aufbringen könne. Immerhin konnte Sahm mitteilen, daß bisher schon über 3 Millionen Eintragungen festgestellt sind. Das sei ein mehr als befriedigendes Ergebnis.

Die Zustimmungserklärung des Reichspräsidenten zu seiner Kandidatur hat folgenden Wortlaut: Ich erkläre hiermit, daß ich der Aufnahme meines Namens in den „Wahlvorschlag Hindenburg" für die Reichspräsidentenwahl 1932 zustimme.

Dr. Sahm fügte seiner Mitteilung abschließend noch den Wunsch hinzu, daß das deutsche Volk für seinen großen Heros einig und treu zusammenstehen möge.

Danktelegramm des Bayerischen Heimatschutzes an Hindenburg

München, 16. Februar. Der Bayerische Heimatschutz hat anläßlich der Bereiterklärung Hindenburgs zur Wiederannahme der Reichspräsidentenkandidatur folgendes Telegramm an ihn gerichtet: Dem Reichspräsidenten, Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem Vater des Vaterlandes, aufrichtigsten Dank des Bayerischen Heimatschutzes. gez. Escherich.

Englische Blätter zur Hindenburg-Kandidatur

London, 16. Februar. Der Entschluß Hindenburgs, im Alter von 84 Jahren von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren, findet in der ganzen Presse rückhaltlose Bewunderung. „Daily Expreß" nennt Hindenburg den Rettungsanker des Deutschen Reiches, und „Times" schreibt: Der alte Feldmarschall hat der Republik während aller Wechselfälle der sieben Jahre seiner Amtszeit so weise und so loyal gedient, daß es passender gewesen wäre, wenn ihm angesichts seines Alters das Verfahren einer Berufung auf die Volksstimme erspart geblieben wäre. Erfreulicherweise haben Vaterlandsliebe und strenges Pflichtgefühl diesen treuen Diener seines Landes veranlaßt, auf die wohlverdiente Ruhe zu verzichten. Binnen zehn Tagen haben zweieinhalb Millionen Bürger den Aufruf für seine Wiederwahl unterzeichnet, ein ausreichender Beweis für die Achtung, die dem Präsidenten in Deutschland entgegengebracht wird. Im Ausland genießt er nicht weniger Achtung. Sein Entschluß ist ein Glück für Deutschland und für Europa. Unter der Ueberschrift „Deutschlands großer alter Mann" führt „Morning Post" aus: Das Schauspiel, das Präsident von Hindenburg bietet, wenn er im Alter von 84 Jahren zu einer nochmaligen Uebernahme seines Amtes sich bereit zeigt, hat etwas Ehrfurchtgebietendes. Sein Amt ist keine Sinekure. und das Staatsschiff kommt keineswegs durch ruhige See. Im Gegenteil, der Augenblick ist ganz außergewöhnlich kritisch für sein Land, und das Amt bringt die schwerste Verantwortung mit sich, die einem Staatsmann zuteil werden kann. 1925 war es zweifellos der Widerschein von Tannenberg, der ihn auf den Präsidentenposten berief. Heute sind es neue Leistungen, neben denen Tannenberg nur ein schwacher, weit zurückliegender Schatten ist. Der alte Krieger der Königs- und Kaiserzeit ist für die junge Republik beinahe so unentbehrlich geworden wie es ein Mann auf irgend einem Gebiete des Lebens überhaupt sein kann. Dabei steht Präsident von Hindenburg auf seinem Platz nicht infolge Verleugnung seiner Vergangenheit, sondern weil er seine Auffassung vom Dienst an seinem Lande über alle rein persönlichen Neigungen stellt. Durch eine Ironie des Schicksals wird er von jenen unterstützt, die ihm bei der letzten Wahl stärkste Opposition machten, und viele, wenn auch nicht alle seiner früheren Anhänger sind gegen ihn. Er hat ihre Unterstützung verloren, nicht, weil er sein Anrecht auf ihre Zuneigung verloren hat, sondern weil er sich weigert, ihre Marionette zu werden. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob es den Nationalsozialisten und Deutschnationalen nicht gelingen wird, ihren alten Chef zu vertreiben. Was seine vormaligen Feinde auf dem Schlachtfelde betrifft, so gibt es keinen unter ihnen, der ihm nicht die Achtung zollt, die dem Charakter und der Lauterkeit eines großen Dieners seines Landes gebührt.

Pariser Blätter zur Kandidatur Hindenburgs

Paris, 16. Februar. Die Presse beschäftigt sich stark mit der heutigen Interpellationsdebatte im Senat und erörtert die Möglichkeit einer Kabinettskrise. Deshalb findet man über die Kandidatur Hindenburgs nur vereinzelt redaktionelle Betrachtungen. „Petit Journal" betont, Hindenburg habe dank der loyalen Ehrenhaftigkeit, mit der er seinen Verfassungsschwur hielt, auch dem Auslande Vertrauen eingeflößt. „Figaro" erklärt, Voraussagen über die Präsidentenwahl seien verfrüht. Man könne aber heute schon sagen, daß der Beschluß des Reichspräsidenten, aufs neue zu kandidieren, allen Versuchen der Rechtsparteien ein Ende mache, die ihn zwingen wollten, sich von der Person Dr. Brünings zu trennen. Der Beschluß Hindenburgs habe die Stellung der Regierung stark befestigt.

Die NSDAP. erscheint wieder im Reichstag

Berlin, 16. Februar. Wie der „Angriff" berichtet, wird die Fraktion der NSDAP. am 23. Februar geschlossen an der Sitzung des Reichstages teilnehmen und auch weiterhin solange, als es ihr zur Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheint.

Stand der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches

Berlin, 16. Februar. Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums am 31. Januar 1932 1858,8 Millionen RM gegenüber 1912,6 Millionen RM am 31. Dezember 1931.

Kabinett Laval gestürzt

Paris, 16. Februar. Das Kabinett Laval ist gestürzt. Das Ministerium ist bei der Frage, wann die Interpellation des Senators Peyronnet zur Behandlung gelangen soll, mit 23 Stimmen in der Minderheit geblieben.

Die Niederlage Lavals

Paris, 16. Februar. Im Senat legte heute nachmittag Innenminister Cathala dem Hause den Wahlgesetzentwurf vor, den die Kammer angenommen hat. Die Beratungen wurden von der Linken, namentlich den bürgerlichen Radikalen, mit ironischen Zwischenrufen begleitet. Unmittelbar darauf stellte der Senatspräsident an den Ministerpräsidenten die Frage, wann er die Interpellation des Senats Peyronnet über die allgemeine Politik der Regierung zu beantworten gedenke. Der Ministerpräsident antwortete, der Senat werde zweifellos der Ansicht sein, daß die Debatte über diese Interpellation vielleicht vertagt werden könnte. In Genf sei eine allgemeine Diskussion über die Abrüstung im Gange. Die Regierung müsse während dieser Beratungen intakt bleiben und ihre ganze Autorität behalten. Die französischen Delegierten würden gegenüber dem Standpunkt einer auswärtigen Delegation den französischen Standpunkt zu präzisieren haben. Er schlage deshalb als Beratungstag den 26. Februar vor. Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag Laval mit 155 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärte Ministerpräsident Laval: Ich bin bereit, den Tag der Diskussion eher als vorgesehen anzusetzen. Ich verlange aber, daß die Diskussion der Interpellation Peyronnet wegen der angeführten Gründe heute nicht stattfindet, denn vielleicht schon morgen wird eine auswärtige Delegation in Genf Vorschläge unterbreiten, zu denen die französische Delegation Stellung nehmen muß. Es handelt sich hier um eine internationale Frage, während es sich bei der Interpellation nur um innenpolitische Zwischenfälle handelt. Ich appelliere an das Gewissen des Senats (starker Widerspruch bei Radikalen und Sozialisten) und fordere die Senatoren auf, die politische Leidenschaft in diesem ernsten Augenblick zurückzustellen. Um zu beweisen, mit welchem Ernst ich diesen Appell an das hohe Haus richte, stelle ich die Vertrauensfrage.

Diese Erklärung Lavals rief eine ungeheure Aufregung bei der Mehrheit des Senats hervor, da es etwas ganz Neues ist, nach einer Abstimmung nochmals einen Antrag zu stellen, der bezweckt, die erste